

Udo Baron

Kommunismus in Deutschland

*Michael Roik: Die DKP
und die demokratischen
Parteien 1968–1984,
Ferdinand-Schöningh-
Verlag, Paderborn 2006,
391 Seiten, 29,90 Euro.*

Im Jahre 1968 konstituierte sich mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) die 1956 vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verbotene Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in der Bundesrepublik Deutschland neu. Im Gegensatz zur KPD stellte die DKP bei Wahlen nur eine zu vernachlässigende Größe dar. Von Beginn an blieben ihre Wahlergebnisse weit unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Dennoch war ihr politischer Einfluss weitaus größer, als es ihren tatsächlichen Wahlanteilen entsprach. Dazu trug vor allem ein Geflecht aus zahlreichen Neben- und Hilfsorganisationen – von der Deutschen Friedens-Union (DFU) bis hin zum Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

(KOFAZ) – bei. Als Interventionsapparat von KPdSU und SED gelang es der DKP in den Siebziger- und Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts mit einer geschickten Bündnis- und Kampagnenpolitik, von demokratischen Organisationen als Partner anerkannt zu werden. Vor allem innerhalb der bundesrepublikanischen Friedensbewegung erlangte sie einen nie zuvor erhofften Einfluss auf Ausrichtung und Programmatik. Ihre größte politische Wirksamkeit erzielte sie deshalb nicht von ungefähr während der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss zu Beginn der Achtzigerjahre. Nie zuvor und danach gelang es Kommunisten, eine westdeutsche Protestbewegung so nach ihren Vorstellungen zu prägen wie in diesem Zeitraum.

Michael Roik spürt in seiner Dissertation diesen Zusammenhängen und ihren Folgewirkungen nach. Sein Hauptaugenmerk richtet er auf die Wahrnehmung der DKP

durch die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung steht die Frage, „ob und in welcher Weise der Umgang der demokratischen Institutionen, insbesondere der politischen Parteien, mit der DKP das Konzept der streitbaren Demokratie und damit auch den anti-totalitären Konsens beeinflusst und verändert hat“ (Seite 13). Zunächst beschreibt Roik die Geschichte der DKP von ihrer Gründung bis zur Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss. Auf der Basis einer umfassenden Auswertung der einschlägigen Fachliteratur analysiert er die Voraussetzungen, die zur Wiedezulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik führten, um sich dann der Rolle und Funktion der DKP als Interventionsapparat der Westarbeit von KPdSU und SED zu widmen. Strategie und Taktik der DKP sowie ihre Anleitung und Finanzierung durch die SED und

deren Wahrnehmung durch die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik stehen im Mittelpunkt dieses Abschnittes. Im zweiten Teil seiner Arbeit konzentriert sich Roik auf die praktische Umsetzung der Westarbeit der SED mithilfe der DKP und ihrer Bündnisorganisationen. Als Fallbeispiel dient ihm die westdeutsche Friedensbewegung in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss. Ihre Rolle und Funktion im politischen Kalkül von KPdSU und SED werden dabei einer kritischen Analyse unterzogen.

Wie ein roter Faden zieht sich die Frage nach der Wahrnehmung kommunistischer Strukturen in den politischen und parlamentarischen Institutionen der Bundesrepublik vor dem Hintergrund des Konzeptes der streitbaren Demokratie durch das Buch. Mithilfe der alljährlich veröffentlichten Verfassungsschutzberichte belegt Roik, dass den „bundesdeutschen Sicherheitsbehörden seit den Anfängen der DKP weitreichende Kenntnisse und Erkenntnisse über deren ideologische Grundlagen, Zielsetzungen, Methoden und Arbeitsstrukturen sowie über die Einbettung der Partei in die Westarbeit der SED einschließlich der Finan-

zierungsinstrumente“ (Seite 116) vorlagen. Der Autor weist nach, dass die Bundesregierung und die demokratischen Parteien „auch im Detail“ (Seite 368) über die Ziele der Westarbeit von KPdSU und SED ebenso unterrichtet waren wie über die der DKP und ihren Neben- und Vorfeldorganisationen dabei zugewiesene Rolle. Eine eindeutig verfassungsfeindliche Partei wie die DKP konnte diese Funktion aber nur wahrnehmen, wenn sie vom „linken und liberalen demokratischen Lager gewollt, vom bürgerlichen Lager geduldet“ (Seite 367) wurde.

Erosion der Abgrenzung

Mit der neuen Ostpolitik zum Ende der Sechzigerjahre setzte sodann eine Erosion der Abgrenzung gegenüber kommunistischen Organisationen ein. Um den eigenen Entspannungswillen zu demonstrieren, war vor allem die SPD bereit, den bis dahin gültigen und als antitotalitär verstandenen Wertekonsens, auf dem das Konzept der streitbaren Demokratie basierte, infrage zu stellen. Eine Entwicklung wurde eingeleitet, die im „Umgang mit extremistischen Parteien für einen Großteil der deutschen Politik mehr eine Frage der Zweck-

mäßigkeit im politischen Alltag denn eine Frage normativer Bewertungen“ (Seite 368) sah. Der Antifaschismus ersetzte zunehmend den Antitotalitarismus, der Antikommunismus wandelte sich in einen Anti-Antikommunismus. Die Folge war ein Zusammenwirken vor allem von Sozialdemokraten und Kommunisten im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, der bis hin zu Aktionsbündnissen gegen die westliche Außen- und Sicherheitspolitik reichte. Zwar waren CDU und CSU die einzigen demokratischen Parteien, die den antitotalitären Konsens – und somit die Abgrenzung zur DKP – zu keinem Zeitpunkt infrage stellten. Dennoch trugen sie letztlich den Kurs zur Wiederzulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik mit, um nicht den Anschluss an die außenpolitisch veränderten Rahmenbedingungen zu verpassen. Auch wenn die Distanz zur DKP im weiteren Verlauf vernehmbar blieb, erkannten die Unionsparteien in ihrer Breite nicht die Gefahr, die von der DKP für die wehrhafte Demokratie ausging.

Viele Arbeiten haben sich in den letzten Jahren zwar mit der Rolle und Funktion der DKP und ihrer Tarnorganisationen

in der Bundesrepublik beschäftigt. Ihre Wahrnehmung durch die demokratischen Institutionen der alten Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die streitbare Demokratie wurde dagegen noch keiner näheren Analyse unterzogen. Roik hält mit seiner Arbeit den demokratischen Parteien den Spiegel vor. Zwangsläufig reißt er dadurch Wunden, die das Selbstverständnis unserer Demokratie und der sie tragenden Einrichtungen betreffen. In der Auseinandersetzung mit dem Extremismus kommt man nicht umhin, sich folgende Fragen zu stellen: Wie weit dürfen Demokraten sich mit nichtdemokratischen beziehungsweise demokratisch zweifelhaften Parteien und Personen einlassen? Darf eine streitbare Demokratie ihre Erkenntnisse über den verfassungsfeindlichen Charakter ihrer Gegner so sträflich vernachlässigen oder einfach ignorieren? Indem Roik den Leser zu diesen Überlegungen animiert, wird seine Arbeit zugleich brandaktuell. Stellt sich doch heute aufgrund der aktuellen Bedrohung durch den politischen und religiösen Extremismus erneut die Frage, wie wehrhaft unsere Demokratie eigentlich noch ist. Sind wir überhaupt noch

bereit und willens, die Zeichen der Zeit zu erkennen und uns gegen die inneren und äußeren Feinde unseres Gemeinwesens entschlossen zur Wehr zu setzen? Gerade Roiks Arbeit zeigt, wie schnell und wider besseres Wissen grundlegende Prinzipien über Bord geschmissen werden können und auch demokratische Parteien bereit sind, einen zweifelhaften Scheinfrieden um der Ruhe und des eigenen kurzfristigen Vorteils wegen zu schließen.

Die Zusammenarbeit zwischen der SPD und der aus der SED hervorgegangenen PDS, die sich mittlerweile Linkspartei nennt, ist nur ein Beispiel für die auch sechzehn Jahre nach dem Ende der deutschen Teilung und dem Kalten Krieg andauernden Nachwirkungen dieser kommunistischen Einflussnahme. Nach einer kurzen Schamfrist sind die Hemmschwellen für eine Zusammenarbeit zwischen Demokraten und Kommunisten beziehungsweise Postkommunisten wieder gefallen. Die rot-roten Koalitionen auf Landesebene zeigen auf, dass der Untergang des real existierenden Sozialismus nicht automatisch zu einer Renaissance des antitotalitären Konsenses geführt hat. Vielmehr überwiegen auch heute

wieder taktische und machtpolitische Kalküls und verhindern so ein entschlossenes gemeinsames Handeln von Demokraten gegenüber den Feinden unserer demokratischen Gesellschaftsform.

Roiks Buch muss deshalb zuallererst als Mahnung vor der Erosion der Abgrenzung gegenüber nichtdemokratischen Parteien und Bewegungen und ihren Folgen gelesen werden. Es versteht sich als Appell für die streitbare Demokratie, die vor allem in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem politischen und religiösen Extremismus und internationalen Terrorismus wieder von brennender Aktualität ist.

Mahnung und Appell

Michael Roik hat mit seiner Arbeit nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Parteiengeschichte der Bundesrepublik geleistet, sondern hält darüber hinaus noch einmal zur kritischen Auseinandersetzung mit den Werten und Grundlagen unserer Demokratie an. Seine Arbeit versteht sich deshalb nicht nur als ein Geschichtsbuch, sondern zugleich als eine Anregung für den künftigen Umgang mit verfassungsfeindlichen Organisationen und Parteien. In diesem Sinne wird es von bleibendem Wert sein.